



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

### **Aufklärung über Auswirkungen der Vorgaben zu Gewässerrandstreifen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bzw. im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz schriftlich und mündlich über die Auswirkungen der Vorgaben zu Gewässerrandstreifen auf Landwirte in Bayern zu berichten. Dabei ist auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche wirtschaftlichen Schäden und finanzielle Einbußen sind landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern seit Inkrafttreten der erweiterten Vorgaben zu Gewässerrandstreifen nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz und den einschlägigen bundesrechtlichen Regelungen entstanden?
2. Wie hoch ist die jeweils stillgelegte bzw. in der Bewirtschaftung eingeschränkte landwirtschaftliche Nutzfläche bayernweit?
3. Inwiefern kam es aufgrund der geltenden Regelungen zu Nutzungskonflikten, Problemen mit Ausgleichszahlungen oder anderen finanziellen Verwerfungen bei den betroffenen Landwirten?
4. Wie hat sich die tatsächliche Inanspruchnahme der bestehenden Kompensationsinstrumente (z. B. Ausgleichszahlungen nach Volksbegehren „Rettet die Bienen“, bayerisches Kulturlandschaftsprogramm – KULAP, Vertragsnaturschutz) entwickelt und konnte eine vollständige Kompensation der Ertragsverluste gewährleistet werden?
5. Welche Erfahrungen haben Landwirte, Behörden und Verbände mit der Antragstellung, den Kontrollen sowie der bürokratischen Abwicklung der Vorgaben zu Gewässerrandstreifen gemacht?
6. Ist nach Einschätzung der Staatsregierung künftig eine Überarbeitung, Vereinfachung oder stärkere Flexibilisierung der gesetzlichen Vorgaben und des Ausgleichssystems erforderlich, um die Belastungen für die Landwirte zu reduzieren?

### **Begründung:**

Die verpflichtende Anlage und Erhaltung von Gewässerrandstreifen nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz sowie bundesrechtlichen Vorgaben hat erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in Bayern. Viele Landwirte berichten von Flächenverlusten, Bewirtschaftungseinschränkungen und damit verbundenen wirtschaftlichen Einbußen. Bereits jetzt ist festzustellen, dass die Umsetzung und Einhaltung der verschiedenen Regelungen komplex und mit teils erheblichem administrativem Aufwand für die Betriebe verbunden ist.

Die zur Verfügung stehenden Ausgleichszahlungen – etwa im Rahmen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ – sowie die Aufnahme entsprechender Flächen in bestehende Programme wie KULAP oder das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm

(VNP) erscheinen häufig nicht ausreichend, um die tatsächlichen wirtschaftlichen Folgen vollumfänglich zu kompensieren. Gleichzeitig besteht weiter Unsicherheit hinsichtlich der Auslegungs- und Kontrollpraxis vor Ort.

Eine fundierte und aktuelle Berichterstattung der Staatsregierung ist dringend erforderlich, um Transparenz über die ökonomischen und praktischen Auswirkungen dieser Maßnahmen herzustellen, Unwuchten in der Praxis zu identifizieren und nötigenfalls Anpassungen im Sinne der Landwirtschaft zu diskutieren.